

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Roland Claus, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/2137 –**

Entwicklung in den neuen Bundesländern

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Bundesregierung hat nach Artikel 72 Abs. 2 des Grundgesetzes (GG) „das Gesetzgebungsrecht, wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht“. Mit dem Abschnitt III der Koalitionsvereinbarung („Aufbau Ost voranbringen“) räumt die Bundesregierung ein – und der „Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2005“ (Bundestagsdrucksache 15/6000) bestätigt dies –, dass von der im GG gemeinten Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse noch nicht die Rede sein kann und Anstrengungen unternommen werden müssen, um zu solchen gleichwertigen Lebensverhältnissen zu gelangen.

1. Wie werden sich 2006 gegenüber 2005 nach den Prognosen der Bundesregierung die folgenden Kennziffern entwickeln (bitte getrennt nach I. Deutschland insgesamt, II. alte Bundesländer, III. neue Bundesländer einschl. Berlin darstellen):
 - a) Erwerbstätige (Frauen/Männer) und Erwerbstätigenquote;
 - b) Arbeitslose (Frauen/Männer) und Arbeitslosenquote;
 - c) Einwohnerinnen und Einwohner;
 - d) Einwohnerinnen und Einwohner unter 25 Jahre;
 - e) Wanderungssaldo;
 - f) verfügbares Einkommen je Einwohnerin und Einwohner;
 - g) Bruttoinlandsprodukt;
 - h) Umsatz des verarbeitenden Gewerbes;
 - i) Exportquote;
 - j) Patentanmeldungen;

- k) Forschungs- und Entwicklungspersonal in v. H. der Erwerbstätigen;
- l) Unternehmensgründungen;
- m) Unternehmensliquidationen;
- n) überschuldete private Haushalte;
- o) Verbraucherinsolvenzverfahren;
- p) Nettovermögen nach sozialen Gruppen;
- q) Ausbildungsplätze und Ausbildungsquote.

Die Bundesregierung prognostiziert die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nur für den gesamten Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland. Differenzierte Prognosen nach alten und neuen Bundesländern werden aufgrund fehlender Primärstatistiken nicht durchgeführt. Die Projektionen der Bundesregierung basieren auf dem in sich konsistenten System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Dies erlaubt zwar vielfältige Analysen, aber z. B. keine Aussagen über bestimmte soziale Gruppen, differenziert nach Geschlechtsmerkmalen oder Altersstrukturen. Daher liegen für die Kennziffern mit den Bezeichnungen d), e), h), j), k), l), m), n), p) keine Angaben vor. Hinsichtlich der demografischen Kennziffern orientiert sich die Bundesregierung an der 10. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung der Amtlichen Statistik, mittlere Variante, aus dem Jahr 2003.

Bei der Antwort auf die Frage 1 ist darüber hinaus zu beachten, dass sich die Angaben für das Jahr 2005 auf den Veröffentlichungsstand des Statistischen Bundesamtes (Februar 2006) zum Zeitpunkt der Erstellung der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung beziehen. Durch seitdem durchgeführte statistische Revisionen kann es zu geringfügigen Änderungen des Datenmaterials für das Jahr 2005 kommen.

Die Angaben für die Kennziffern a), b), c), f), g), i) und q) lauten wie folgt:

- a) Erwerbstätige (Frauen/Männer) und Erwerbstätigenquote;
Erwerbstätige im Inland 2005: 38,78 Millionen Personen; 2006: 38,81 Millionen Personen
Erwerbstätigenquote 2005: 90,9 Prozent; 2006: 91,0 Prozent (Erwerbstätige nach Länderkonzept in Relation zu den Erwerbspersonen).
- b) Arbeitslose (Frauen/Männer) und Arbeitslosenquote nach der Definition der Bundesagentur für Arbeit;
2005: 4,86 Millionen Personen (alte Bundesländer: 3,20 Millionen Personen, neue Bundesländer: 1,61 Millionen Personen); 2006: 4,68 Millionen Personen
Arbeitslosenquote 2005: 11,7 Prozent (alte Bundesländer: 9,7 Prozent, neue Bundesländer: 18,5 Prozent); 2006: 11,3 Prozent;
Die international vergleichbare Erwerbslosenquote nach Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) betrug 2005: 9,1 Prozent.
- c) Einwohnerinnen und Einwohner;
2005: 82,46 Millionen Personen; 2006: 82,45 Millionen Personen.
- f) Zuwachs des verfügbaren Einkommens je Einwohnerin und Einwohner;
2005: 1,5 Prozent; 2006: 1,4 Prozent.
- g) Bruttoinlandsprodukt;
Zuwachs des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts 2005: 0,9 Prozent; 2006: 1,6 Prozent.

i) Exportquote;

Exporte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen
2005: 40,2 Prozent; 2006: 43,1 Prozent.

o) Verbraucherinsolvenzverfahren

Im Jahr 2005 wurden

I. in Deutschland insgesamt 66 945 Verbraucherinsolvenzverfahren eröffnet;
davon

II. in den alten Bundesländern 52 393 Verfahren und

III. in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) 14 552 Verfahren.

Für das Jahr 2006 liegen vom Statistischen Bundesamt bislang nur die Erhebungen für die Monate Januar 2006 bis einschließlich März 2006 vor. In den ersten drei Monaten des Jahres 2006 wurden:

I. in Deutschland gesamt 21 726 Verbraucherinsolvenzverfahren eröffnet;
davon

II. in den alten Bundesländern 16 662 Verfahren und

III. in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) 5 064 Verfahren.

Erhebliche Abweichungen des Anteils der in den neuen Bundesländern eröffneten Verbraucherinsolvenzverfahren (21,73 bzw. 23,3 Prozent) zu dem dort lebenden Bevölkerungsanteil (20,38 Prozent) lassen sich nicht feststellen.

q) Ausbildungsplätze und Ausbildungsquote;

Bis zum Ende des Vermittlungsjahres 2004/2005 am 30. September 2005 wurden in Deutschland rund 550 000 duale Ausbildungsverträge abgeschlossen. Davon entfielen rund 434 000 auf die alten und 116 000 auf die neuen Länder.

Die bisher bei den Kammern registrierten Vertragsabschlüsse deuten darauf hin, dass die Gesamtzahl auch in diesem Jahr erreicht wird. Nach den bisherigen Meldungen bei den Bundesagenturen für Arbeit zeichnet sich ab, dass sich das Ausbildungsplatzangebot in Westdeutschland geringfügig verringern und in Ostdeutschland etwas erhöhen wird.

Die Ausbildungsquote bezogen auf die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten liegt bundesweit seit Jahren bei etwa 6,4 Prozent (alte Länder 6,3 Prozent; neue Länder 7,2 Prozent).

Nach Einschätzung der Bundesregierung werden sich diese Zahlen auch 2006 nicht wesentlich verändern.

2. Wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklungen?

Die Bundesregierung sieht sich in ihrem reformpolitischen Kurs durch diese Entwicklungen bestätigt. Die gesamtwirtschaftliche Dynamik beschleunigt sich zunehmend und gewinnt bei zunehmender Binnennachfrage an Breite. Auch die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zeigen eine Trendwende an.

3. Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf im Sinne von Artikel 72 Abs. 2 GG?

Die zwischen den alten und den neuen Ländern noch bestehenden Unterschiede in der Wirtschaftskraft, dem Angebot an Arbeitsplätzen und der infrastrukturellen Ausstattung legitimieren die weitere Förderung des Aufbaus Ost. Bei der An-

gleichung der Lebensverhältnisse in den alten und den neuen Ländern konnten bereits große Fortschritte erzielt werden, sie bleibt aber nach wie vor ein wichtiges Ziel und Auftrag der Politik.

4. Mit welchen anderen Maßnahmen nimmt die Bundesregierung auf die Entwicklung der unter 1. genannten Kennziffern Einfluss?

Das wichtigste Instrument zur Finanzierung des Aufbau Ost ist der Solidarpakt II mit einer Laufzeit von 2005 bis 2019. Zum Abbau der noch immer bestehenden Infrastrukturlücke sowie zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft erhalten die neuen Bundesländer in diesem Zeitraum insgesamt 105 Mrd. Euro Sonderbedarf-Bundesergänzungszuweisungen. Außerdem hat der Bund für den gleichen Zeitraum überproportionale Leistungen mit einer Zielgröße von 51,1 Mrd. Euro zugesagt. Diese Mittel kommen Ostdeutschland in Form von besonders aufbauwirksamen Programmen und Maßnahmen des Bundes zugute. Schwerpunkte in den nächsten Jahren werden Maßnahmen zur Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Infrastruktur sein. Im Rahmen verschiedener Maßnahmen trägt die Bundesregierung dazu bei, die wirtschaftliche Basis der neuen Länder zu stärken. Zu den wichtigsten Maßnahmen zählen: die Investitionszulage, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsförderung“, die EU-Strukturfondsförderung, die Innovationsförderung, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und der Ausbau der Infrastruktur. Durch sog. Branchenkonferenzen, die sich auf besonders wachstumsorientierte Bereiche konzentrieren, wird der Dialog zwischen Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik verbessert.

5. Mit welcher Ergebnisverbesserung wird bei Ergreifen der jeweiligen Maßnahmen gerechnet?
6. Bei welchen Kennziffern sollen durch Einflussnahme der Bundesregierung in welchem Umfang bis 2009 welche Veränderungen eintreten?

Die Fragen 5 und 6 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Mehrzahl der unter 1. genannten Kennziffern (z. B. Einwohner, Arbeitslose, Erwerbstätige, Wanderungssaldo, Einkommen usw.) ist abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung und kann durch die Bundesregierung nicht direkt beeinflusst werden. Mit der Förderung für den Aufbau Ost insbesondere der Investitions- und Innovationsförderung sowie dem Ausbau der Infrastruktur schafft die Bundesregierung Anreize und Rahmenbedingungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung. In deren Folge entstehen Wachstum und Beschäftigung und damit verbessert sich die Arbeits- und Einkommenssituation der Menschen. Die positive Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland, das seit Jahren überdurchschnittlich wächst, zeigt, dass die Förderpolitik der Bundesregierung für die neuen Länder erfolgreich ist. Dieser positive Trend setzt sich auch in diesem Jahr fort. So konnte im ersten Quartal des laufenden Jahres ein Umsatzwachstum im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands von 13,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sowie ein starker Anstieg der Exporte verzeichnet werden.